

Erscheint an jedem Werttag. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Bezugspreis im Februar A. 1800.— Einzelnummer A. 80.—

Anzeigen-Gebühr für die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung A. 120.— bei mehrmaliger Nachdruck nach Tarif. Bei gerichtlichem Bescheid u. Konfirmation ist der Rabatt hinfällig.

# Der Gesellschafter

## Arbeits- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Freitag, den 2. März

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. Postfachkonto: Stuttgart 5118.

Nr. 50

Donnerstag, den 1. März 1923

97. Jahrgang

### Tagespiegel

Die „Beschlagnahme“ von Lebensmitteln durch die Franzosen nimmt immer größeren Umfang an, ebenso wie die Wegnahme der Lohnarbeit. Beides ist auf einen Befehl De Gaulles zurückzuführen, um die Arbeiter müde zu machen.

Neulich am Rhein wurde von farbigen und weißen Franzosen beschlagnahmt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat in England abermals um 23 771 gegenüber dem Januar abgenommen; sie beträgt jetzt noch 1 340 200.

Nachdem das Gesetz betr. staatliche Unterstützung der Handelschiffahrt der Vereinigten Staaten vom Senat abgelehnt worden ist, wird die Regierung keine weiteren Versuche in dieser Richtung mehr machen.

Auf dem Bahnhofsplatz in Kairo wurde gegen fünf englische Soldaten eine Bombe geworfen. Zwei wurden schwer, drei leicht verletzt.

Von dem Delgebiet in Alaska (Nordwestküste Amerikas) wurde ein Raum von 8,1 Millionen Hektar für die Deloerjagung der amerikanischen Kriegsstelle vorbehalten.

### Das amerikanische Eingreifen

Harvey und Harding

Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! So möchte man dem amerikanischen Präsidenten Harding zuzurufen, der mit einem Eingreifen der Vereinigten Staaten in Europa endlich Ernst machen zu wollen scheint. Der eigentliche Urheber des Plans ist aber merkwürdigerweise nicht der Außenstaatssekretär Hughes, auch nicht Harding selbst, sondern Harvey, der amerikanische Botschafter in London. Oberst Harvey, den man den guten Engel Europas nennen könnte, weil seit seinem Jahr in Washington, um mit Harding die europäische Lage zu beraten. Harvey war es auch, der während der Londoner Konferenz zwischen Bonar Law und Poincaré eine Zusammenkunft der in Europa amtierenden amerikanischen Hauptbotschafter nach London berief, um die diplomatische Lage zu reiten. Sein Plan war schon damals eine gemeinsame Vermittlung der englischen und amerikanischen Regierung. Er reiste dann nach Washington, um Harding für seinen Plan zu gewinnen. Auffallend lange, nämlich zwei Monate, dauerte diese „Bearbeitung“. Die Beschlüsse der heimlich miteinander ringenden Einflüsse und Widerstände wird noch geschrieben werden müssen. Jedenfalls hat Harvey geliegt. Sonst hätte er nicht Ende voriger Woche im Reporter Club der englischen Zeitungskorrespondenten verkünden können, daß sein Herr und Meister im Weißen Hause sich zu dem entscheidenden Schritt entschlossen habe. Und kurz und gut: Innerhalb der nächsten 14 Tage erwartet man in London die amerikanischen Vorschläge.

Der Kern dieser Vorschläge: Bildung einer internationalen Finanzüberwachungskommission, deren Tätigkeit Deutschland vorbehaltlos annehmen müßte. Schon aus diesen beachtlichen Beschlüssen ist zu ersehen, daß das englisch-amerikanische Eingreifen nicht darauf hinausläuft, Frankreich und Deutschland zu einer politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung zu bringen. Der gordische Knoten wird nicht entwirrt, sondern durch eine aufgezwungene Lösung nach Versailles Art durchschnitten. Die beiden einzigen, für deutsche Ohren annehmbar klingenden Einzelheiten, soweit näheres bis jetzt bekannt wurde, sind erstens: Frankreich muß das Ruhrgebiet unuerzwinglich räumen, sobald es die internationale Bürgschaft annimmt und zweitens: Amerika und England werden niemals zugeben, daß Frankreich aus dem Rheinland einen unabhängigen Staat mache.

Aber Frankreich wird auf die Vermittlung in der Form, wie sie Harvey ankündigte, zunächst gar nicht eingehen. Die amerikanische Regierung ist, wie Harvey äußerte, gewillt, einen Druck auf die beiden Länder auszuüben. Das weiche und vergewaltigte Deutschland muß sich auch diesen französischen Plan nicht zur Annahme des Plans gezwungen werden. Die französische Diplomatie wehrt sich schon jetzt mit Händen und Füßen gegen die harding'schen Absichten. Als kürzlich Gerüchte über Vermittlungsabsichten des holländischen Außenministers Raebouck umgingen, wurde Marcel Hutin im „Echo de Paris“ vorgeschickt, um zu erklären, alle Nachrichten über eine englische, amerikanische oder holländische Vermittlung seien erfunden; Frankreich werde warten, bis der „Eigeninn“ Deutschlands gebrochen sei. Es werde die Pfänder behalten, bis es seine Sache gewonnen habe. Diese aufgeblasene Haltung hatte den Zweck, eine amtliche Übermittlung der amerikanischen Vorschläge an Frankreich zu verhindern. Denn Poincaré weiß ganz genau, daß er die französische Politik durch eine amtliche Übermittlung noch weiter in die wachsende Vereinsamung hineinmündert werden wird. Er wagt sich aber sicher, wenn er glaubt, daß sich Amerikaner, wenn sie einmal mit der Einmischung in Europa begonnen haben, vor weiteren Taten abzuhalten lassen. Daß Präsident Harding mehr als eine Mine springen lassen wird, geht aus seiner Botschaft an den Senat hervor, in der er vorschlägt, daß die Ver-

einigten Staaten in das dauernde Internationale Schiedsgericht des Völkerbunds eintreten sollen. Das Schiedsgericht ist nicht der Völkerbund selbst. Aber Harding hat ja auch, offenbar unter Harveys Einfluß, dem Kongress nahegelegt, eine Entschädigung zu treffen, durch die Amerika wieder in die Entschädigungskommission eintritt. Der amerikanische Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat am Dienstag zusammen, um die harvey-harding'schen Pläne zu prüfen. Siegt dort der Gedanke Harveys, so ist das Eis gebrochen, und ein neues Kapitel der Nachkriegszeit nimmt seinen Anfang.

### Bei steigender Mark...

Preisabbau und Lohnabbau

Der Rückgang der ausländischen Devisen an der Börse dauert nun schon geraume Zeit. Die Reichsbank fährt in ihrer Stützungsstätigkeit unbeeinträchtigt fort. Die Mark steigt tatsächlich seit zwei Wochen von Tag zu Tag. Aber der vielgeprüfte deutsche Verbraucher kämpft einen schier hoffnungslosen Kampf gegen die Preise, die abgelesen von einigen wenig bedeutenden Ausnahmen in der Hauptsache nicht rücken und weichen wollen. Die Preisprüfungsstellen arbeiten mit neuen Anweisungen der Regierung. Der Reichstag hat das sogenannte Preisgesetz angenommen, das die Preisbestimmungen gegen Wucher verschärft. Der Reichswirtschaftsminister redet den leitenden Verbänden der Industrie, des Handels und der Konsumgenossenschaften in langen Rundschreiben vortäglich zu, doch endlich „die aus der Besserung der Mark sich ergebenden Folgerungen zu ziehen“, d. h. den Preisabbau durchzuführen. Was erlebt man aber? Nur ein paar Beispiele aus dem Handelsteil der Preise: Der Verband der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe e. V. in Leipzig hat seinen den Preisrückgang für alle Ablieferungen auf 18 000 Prozent festgesetzt. Der letzte Zuschlag vom 1. Februar betrug 9000 Prozent. Die vereinigten Baubeschlagfabriken erhöhten den Zuschlag für Fischbänder auf 6180 Prozent, für Einlaßdecken auf 9580 Prozent.

Das Erschreckende und Bestenmilde ist, daß der Staat in seinen Betrieben nicht mit gutem Beispiel vorangeht. Für den 1. März steht eine Verdoppelung der Gültartarife der Reichsbahn bevor. Ebenso erhöht wieder einmal die Post ihre Gebühren mechanisch um 100 Prozent. Das Publikum versteht nicht, warum beim Rückgang der deutschen Währung die Preise für die Beförderung von Gütern auf der Eisenbahn und die Postgebühren nicht einmal zum Stillstand kommen, warum ein Preisausschlag, den man vor dem Beginn des Stützungsunternehmens für die Mark festgelegt hat, nach der erfolgreichen Durchführung dieses Unternehmens nicht wenigstens verkleinert wird. Ferner: besondere Gründe, besonders die Befehle des Ruhrgebietes, haben trotz der Besserung der Mark zu einer sehr radikalen Erhöhung der Kohlenpreise gezwungen. Gesetz, dies war unvermeidlich. Konnte man aber nicht verhindern, daß diese ohnehin außerordentlich erhöhten Kohlenpreise nun durch eine in unabänderlicher Starrheit erhobenen Kohlensteuer nochmals um 40 Prozent gesteigert und so von der Grundlage der Produktion aus jede Bemühung zur Hemmung der Teuerung und zum Abbau der Preise erschwert, ja fast unwirksam gemacht wird? Endlich: Warum fahren die Gemeinden lustig fort, nicht nur den Preis für das Markenbrot, sondern auch die Tarife, die Straßenbahnfahrt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätslieferung zu erhöhen und immer wieder zu erhöhen? Besonnt man auf höfliche Anfragen überhaupt eine Antwort, dann die, weil die Löhne nicht sinken, sondern sogar noch steigen. Ueber diesen Punkt ein erstes Wort: Die Löhne und Gehälter können noch lange nicht abgebaut werden. Es ist ein abgrundtiefer Unterschied zwischen den Wertpapieren der Lebensmittel, Bekleidungsmitel, Einfuhrwaren usw., die auf das 5—10 000fache (Baumwolle siehe oben, das 18 000fache!) der Vorkriegspreise gestiegen sind, und dem Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Mittelstands, der geistigen Berufe. Es gibt Arbeiter, die mehr als das Tausendfache der Friedenslohnung erreicht haben. Für Alleinstehende, Jugendliche und Ungelernte war dies vielleicht zweifel des Guten, Familienväter können damit nicht aus, auch wenn der Markt noch einmal verdoppelt wird. Und es gibt geistige Berufe, die bisher mit dem 50fachen Friedenseinkommen hungern und darben mußten, von den Kernsten der Armeen, den Kleinrentnern, nicht zu reden. Man rede also am besten jetzt noch nicht vom Lohnabbau. Er kommt später von selbst, nämlich wenn der Preisabbau Wahrheit und Tatsache geworden ist.

### Das deutsche Eigentum in Amerika

Washington, 27. Febr. Das Abgeordnetenhaus hat den Antrag Winslow mit 300 gegen 11 Stimmen angenommen, der den Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Eigentums beauftragt, das Eigentum bis zum Wert von 10 000 Dollar zurückzugeben. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die meisten Deutschen, die im Krieg durch die Be-

schlagnahme betroffen wurden, nunmehr in Deutschland leben. Die Rückgabe des Eigentums werde zur Besserung der Finanzlage und der Währung Deutschlands beitragen. — Der zurückzuzahlende Betrag soll sich auf 100 Millionen Dollar (2000 Milliarden Mark) belaufen, wovon allerdings ein Teil auf Oesterreich-Ungarn entfällt.

Ueber den Inhalt des nunmehr verabschiedeten Gesetzes läßt uns der Bund der Auslandsdeutschen die nachfolgendes Aufklärungen zukommen:

Das Gesetz weicht in einigen Teilen von der ursprünglichen Vorlage ab; es stellt einen Zusatz des Abschnitts 9 des Trading with the Enemy Act (Gesetz über den Handel mit dem Feind) dar, welcher Abschnitt die Bestimmungen über das deutsche Eigentum enthält.

Abchnitt 9a bestimmt in der jetzigen Fassung, daß alle nichtdeutschen Personen, die Ansprüche auf beschlagnahmtes Eigentum haben oder Gläubiger von Deutschen sind, deren Eigentum beschlagnahmt ist, diese Ansprüche geltend machen können. Von besonderer Bedeutung ist das Verfahren, welches hier für vorgeschrieben ist, da dieses seinen Grundzügen nach auch für die übrigen Bestimmungen des neuen Gesetzes zur Anwendung gelangt: Der Interessent hat das Recht, bei dem Verwalter fremden Eigentums seine Forderung einzubringen unter Eid in solcher Form und inhaltslos solche Einzelheiten, wie dies der Treuhänder vorschreibt, worauf der Präsident ermächtigt ist, die Freigabe des Eigentums zu verfügen oder der Zinsen, soweit er die Berechtigung der Forderung anerkennt. Wenn der Präsident eine derartige Verfügung nicht innerhalb von 60 Tagen nach Einbringung des Anspruches erläßt, so hat der Antragsteller das Recht ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, worauf das Gericht die Aushändigung derjenigen Werte verfügen soll, deren Bestiztitel es anerkennt.

Abchnitt 9b zerfällt in elf Unterabschnitte, von denen die ersten acht eine Aufzählung derjenigen Eigentümergruppen enthalten, denen schon seit längerer Zeit das Recht auf bevorzugte Behandlung bzw. die Möglichkeit einer Freigabe des gesamten Eigentums ohne Höchstgrenze zugesprochen ist. Die Unterabschnitte 9 und 10 enthalten die wesentlichen neuen Bestimmungen und sind daher für die Interessen der deutschen Eigentümer von hauptsächlichster Bedeutung.

Sie sprechen allen deutschen Privatpersonen und Firmen das Recht auf Rückerstattung zu, soweit die in Frage kommenden Werte oder das Einkommen aus diesen den Betrag von 10 000 Dollar nicht übersteigen; auch aus den größeren Vermögen kann jedoch der Betrag von 10 000 Dollar freigegeben werden, sofern die Teilbarkeit der Masse sich ermöglichen läßt. Als einzige Einschränkung ist vorgesehen, daß, sofern es sich um Eigentum einer Gesellschaft handelt, nicht des einzelnen Gesellschafters zur Freigabe des genannten Betrags berechtigt ist.

Ueber die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes — von dem nun schnellst zu hoffen ist, daß es noch vor der am 1. März stattfindenden Vertagung des Senats auch von diesem angenommen wird — erzieht der Bund der Auslandsdeutschen, Abt. Amerika, Berlin C. 2, Burgstraße 30, kostenlose Auskunft, wie er sich auch allen Interessenten, soweit sie die erforderlichen Vorkehrungen nicht schon auf irgend einer Weise getroffen haben, zur sonstigen Beratung über die zu ergreifenden Maßnahmen bereitwillig zur Verfügung stellt. Amerikanische Vertrauensstelle, die Concord Finance Corporation, bereits mit der Wahrung ihrer Interessen betraut haben, brauchen jedoch vor der Hand nichts zu unternehmen, da alles Erforderliche auf Grund der bisherigen Unterab-

### Das Brigantentum an der Ruhr

Raubüberfälle

Essen, 28. Febr. Vom gestrigen Tag wurden nicht weniger als 19 Raubüberfälle französischer Soldaten auf Einwohner polizeilich gemeldet und dem General De Gaulle zur Kenntnis gebracht. Den Ueberfallenen wurden unter Bedrohung mit den Revolvern Barschaft von 3000 bis 1 600 000 M. Uhren und andere Wertgegenstände abgenommen.

Die jüngst aus dem Obdachlosenheim vertriebenen und eingesperrten 170 Personen wurden auf Lastkraftwagen nach Döfen geführt und dort ausgefesselt, weil sie sich weigerten für die Franzosen zu arbeiten. Die deutsche Behörde ließ die Leute nach Münster schaffen.

Heute wurden 60 Mann der Schutzpolizei in Essen verhaftet und nach Bredeken gebracht. Sie werden wahr scheinlich ausgewiesen. Auf den Straßen wurden Autos fallen angelegt. Verschiedene Kraftwagen wurden beschlagnahmt oder beraubt, auch ein solches mit Lebensmitteln.

Trier, 28. Febr. Die Franzosen überfielen gestern die Reichsbankfiliale. Da sie aber von dem Vorhaben erfahren hatte, waren alle Gelder und Bücher rechtzeitig fortgeschafft worden. Die Feinde trafen leere Räume an, worüber sie in große Wut gerieten.

Der Holzraub

Koblenz, 28. Febr. Am 10. März werden in Tross und

Vertical text on the left margin, likely a library or archival stamp.

Schwarzwald

am 19. März in Koblenz Holzverfeinerungen aus des Elactoforten durch die Franzosen vorgenommen.  
Die Rheinlandkommission hat dem russischen Kommissar Kadel und einem Begleiter die Einreise ins besetzte Gebiet verboten.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Höchst a. M. und Limburg ist seit gestern unterbrochen.

Der von den Franzosen aus Dortmund ausgewiesene 23jährige Bildhauer Horst Kothke brach in einer Straßenszene Berlins abends bewußtlos zusammen; er hatte seit vier Tagen nichts mehr gegessen. Der Arme wurde in ein Hospital verbracht.

#### Kauswählung der Schutzpolizei in Essen

Essen, 28. Febr. General Degoutte hat durch Befehl die ganze Schutzpolizei von Essen Stadt und Land aufgelöst; die Mitglieder werden ausgewiesen, Waffen, Ausrüstungsgegenstände und Pferde sind an die Franzosen abzuliefern. Es soll eine Gemeindepolizei von höchstens 600 Mann mit hellebiger, nur nicht grüner Uniform gebildet werden; die Listen bedürfen der französischen Genehmigung.

#### Die beschlagnahmten Milliarden

Paris, 28. Febr. Es wird mitgeteilt, die Untersuchung habe ergeben, daß ein Teil (6 Milliarden) der in Hengstler beschlagnahmten 13 Milliarden für die englische Besatzungsbehörde bestimmt gewesen sei, der größere Teil sei aber wahrscheinlich den Reichsbankstellen zugeordnet gewesen.

Die englische Behörde hat entschiedene Schritte zur Herausgabe der für die englische Besatzung bestimmten Summen getan.

#### Neue Kammerung

Koblenz, 28. Febr. Die Rheinlandkommission veröffentlicht eine Verordnung, daß jeder ausgewiesene oder noch auszuweisende deutsche Beamte sich als entlassen zu betrachten habe. (Daher hat die Rheinlandkommission gar nichts zu verordnen.)

#### Wieder 12 Millionen gerammt

Köln, 28. Febr. Bei einer Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumen der Rheinischfahrts-Gesellschaft u. Co. wurden 12 Millionen Mark Reichsunterstützung von den Franzosen weggenommen.

Verschiedene Beamte und Bürgermeister sind wieder zu Gefängnis- und Geldstrafen bis zu 10 Millionen Mark verurteilt worden. Solche Urteile werden täglich in größerer Zahl gefällt.

#### Plumper Köder

Paris, 28. Febr. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt aus Düsseldorf, es werde ein Plan erwogen, die Bergwerke und Fabriken im Ruhrgebiet den Betriebsräten auszuliefern. Dagegen hat er nur das Bedenken, daß es gefährlich sei, einen solchen revolutionären Mittelpunkt dicht bei Frankreich aufzurichten. (Der Plan soll natürlich ein Köder sein, um die Arbeiter einzulocken, da die Leitung der deutschen Betriebsräte bevorzugt. Mit solchen Mitteln arbeitet die französische Regierung.)

#### Poincarés Vorgehen falsch und zwecklos

Paris, 28. Febr. Der Berichterstatter des „Journal des Debats“ schreibt dem Blatt aus dem Ruhrgebiet, die von Poincaré veranlaßte Einsetzung von Ingenieuren zur „Ueberwachung“ der deutschen Industrie sei zwecklos und hinderlich und müsse aufgehoben werden. Es sei begreiflich, daß die deutschen Industriellen und Kaufleute sich gegen die Handelsplionage wehren, die auch vom Rechtsstandpunkt verwerflich und nach der Begehrlegung des Kohlenhandels nach Hamburg zwecklos sei. Diese „Ueberwachung“ habe auch die Arbeiter gegen Frankreich aufgebracht und es sei einseitig, zu glauben, daß durch sie etwaige Mißstände aufgeklärt werden könnten.

#### Die Blaskauer

Für den Unterhalt der französischen Uebernahmekommission für zurückgelieferte Waren — nebenbei eine Kommission, die fast nichts mehr zu tun hat — hat das Deutsche Reich ausbezahlen müssen: im Jahr 1919: 7 336 806 Papiermark, 1920: 83 073 473 Mark, 1921: 256 526 246 Mark, 1922 (April 1922 bis Februar 1923) 3 892 053 528 Mark.

#### Das hat das Reich sich gefallen lassen?

Der uneheliche französische Leutnant Bérenger ist im Hause Köntzstraße 41 in Düsseldorf eingewickelt. Für ihn sind fünf Herrschafferskuchen mit Küche und sonstigem Zubehör beschlagnahmt worden, denn er hat gleich mitgebracht: 1. Seine Großmutter Frau Bourdelie, 2. seine Mutter Frau Bérenger, 3. zwei uneheliche Schwägerinnen, 4. eine verheiratete Schwester Frau Helleme mit zwei Kindern. — Und diese Stippkinder lassen es sich in Deutschland wohl sein. Halb Frankreich lebt heutzutage auf deutsche Kosten.

Der französische Kommandant in Duisburg verlangte zur Ausstattung seines Büros im Börsegebäude vom Oberbürgermeister die Bestellung von 9 neuen Ledertuldbüchlein und sonstigen luxuriösen Möbeln. Der Oberbürgermeister hat die Forderung gemäß den Befehlen der Reichsregierung abgelehnt.

#### Für die besetzten Gebiete

Berlin, 28. Febr. Die Handelshochschule in Berlin sammelte für das Volksoffer 1 100 000 Mark.  
Von der Landwirtschaft in Lippe sind für die Ruhrspende bis jetzt an Lebensmitteln und Bargeldleistungen 142,6 Millionen Mark, in Mecklenburg 394 Millionen Mark eingegangen. Die Hauptgenossenschaft für die Provinz Sachsen hat als erste Gabe in der Höhe von 10 Millionen Mark gezahlt, die Direktion und die Angestellten 807 750 Mark, die Zweigstellen in der Höhe von 5 678 800 Mark.  
Im Kreis Hoya (Hannover), der 29 000 Einwohner zählt, wurden rund 12½ Millionen Mark bar, 900 Ztr. Roggen, 75 Ztr. Weizen aufgebracht und 560 Freistellen für Kinder und Erwachsene bereitgestellt.

Dem Reichskanzler wurden für die besetzten Gebiete zur Verfügung gestellt: von Deutschen aus Norwegen 1545 Kronen (6,4 Millionen Mark) und 300 000 Mark, von den Deutschen in Rom und Mailand 1215 Lire (1,3 Millionen Mark), von Reichsdeutschen in Paraguay vorläufig

3000 Pesos (7,2 Mill. Mark), von den Deutschen in Montevideo (Uruguay) 500 Pfund (52½ Mill. Mark).

#### Milliardenunterstützung

Berlin, 28. Febr. Wie die „Voss. Zig.“ meldet, ist in Straßburg der Beauftragte der französischen Regierung, der die Einziehung der deutschen Vermögensgüter in Elsaß-Lothringen durchzuführen hat, verhaftet worden. Er hat bisher an den französischen Staat etwa 300 Millionen abgeliefert, während die Verkaufserlöse aus dem deutschen Eigentum mindestens 1300 Millionen Franken betragen. Die Angelegenheit ist für Deutschland deshalb von Wichtigkeit, weil nach dem Friedensvertrag die Vermögensentziehung von den Kriegsschadigungsverpflichtungen abzuleiten ist. Deutschland ist also um eine Milliarde Franken betrogen worden. — Daß auch bei der Abschätzung der Kriegsschäden und deren Berechnung Deutschland um Milliarden betrogen worden ist, und noch betrogen wird, teils weil die Kriegsschäden viel zu hoch eingeschätzt oder weil Schäden verrechnet werden, die überhaupt niemals vorhanden waren, das ist bekannt. Bekannt ist auch, daß dies in vielen Fällen nicht ohne Vorwissen der französischen Regierung geschieht.

#### Zur Beschlagnahme der 13 Milliarden

Berlin, 28. Febr. Wegen der Beschlagnahme der Banknoten der Reichsbank sind Verhandlungen eingeleitet. Die Reichsbank erhebt Widerspruch gegen den Eingriff in Privateigentum.

Das Londoner „Daily Chronicle“ schreibt: Die Beschlagnahme des Geldes, das für die Kölner Zweigstelle der Reichsbank und für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des britischen Besatzungsgebiets bestimmt war, ist vom Standpunkt der englischen Behörde eine unfreundliche Handlung. Wünscht Poincaré, sie in der Ausübung ihrer Pflicht, das Gebiet ruhig zu halten, zu behindern? Die Zeit kommt sicher, wo Großbritannien dem französischen Vorgehen nicht länger mehr die Art von Zustimmung gewähren wird, die sich in Stillschweigen ausdrückt.

#### Englische Kundgebung

London, 28. Febr. Die Wochenschrift „Outlook“ veröffentlicht den Brief eines britischen Offiziers in Berlin, der betont, man verdanke die heutige Wiedergeburt des deutschen Nationalbewusstseins zum großen Teil der Regierung Cuno, und es sei eine lächerliche Uebertreibung der Auslandspresse, wenn sie Cuno als die treibende Kraft hinter der Regierung hinstelle. Was ihre Haltung betrafte, sei kein Druck von Seiten, sondern der nationale Wille zum Widerstand. Der Brief schließt: „Wenn Frankreichs wehnsinnige Haltung Mitteleuropa heute noch nicht zu einem Schauspiel wider Gewalttätigkeit und sozialer Auflösung gemacht hat, verdammt man das dem Rat des Herrn Cuno und seiner Kollegen. Dafür verdienen sie die Achtung aller, die auf eine Wiederherstellung des Friedens in Europa hoffen.“

## Neue Nachrichten

#### Gegen das Ausnahmegesetz

Berlin, 28. Febr. Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstag den Antrag auf Aufhebung der Artikel 2—5 des Gesetzes zum Schutz der Republik eingebracht. Art. 1 (Straf gegen Wädbergesellschaften) soll bestehen bleiben.

#### Dehne der Fässer

Berlin, 28. Febr. Nach der Mitteilung des Polizeipräsidenten gerät sich die Untersuchung gegen den Herausgeber der „Deleg“ (Deutsche Telegraphenagentur) Walter Dehne auf die Tatsache, daß Dehne an die französische Regierung und an ausländische Nachrichtendienstbüros Mitteilungen hat gelangen lassen, die die Sicherheit des Reichs schwer zu schädigen geeignet sind. So berichtete er über angebliche Reuter-Telexen in der Reichswehr und von schweren Meinungsverschiedenheiten im Kabinett Cuno, über Verständigungen zwischen dem obersten Persönlichkeiten der Reichswehr, besonders General von Seeckt mit den Orgeschwehänden. Von ihm stammt ferner die Fälschung über die Verhandlungen bezüglich der Orgesch im Schoß der Reichsregierung. Dehne stellte die Sache so dar, als ob die Reichsregierung mit General Seeckt die Orgesch aufreihen und unterstützen wollte, gegen die „Arbeiter“, d. h. die kommunistische Partei vorzugehen und einen Kampf gegen sie einzuleiten, während in Wirklichkeit die Reichsregierung, ohne General Seeckt, u. a. mit Bayern verhandelt hatte, die Selbstschutzhorganisationen ganz aufzuheben. Die Fälschung hatte die kommunistische „Rote Fahne“ unter der Ueberschrift „Seeckt rüstet zum Bürgerkrieg“ am 22. Februar veröffentlicht. — Die Einleitung des Jahresberichts ist auf die Angelegenheit von Angestellten der „Deleg“ zurückzuführen, bei denen die Tätigkeit Dehnes schwere Bedenken erregt hat.

#### „Süddeutschland die Grundlage für ein neues Deutschland“

München, 28. Febr. In einer riesigen Versammlung der Bayerischen Volkspartei für Oberbayern sagte Geheimrat Dr. Heid in einer Rede, die Einheitsfront zur geschlossenen Abwehr des feindlichen Einfalls müsse unbedingt aufrecht erhalten werden, die Veruche der Flaumacherei von Seiten der sozialdemokratischen Führer seien aufs schärfste zu verurteilen. Deutschland könne stolz darauf sein, eine solche Reichsregierung zu besitzen, die es nicht dulden werde, daß Deutschland zum zweiten Mal durch die Schuld der sozialdemokratischen Führer zur Kapitulation gebracht werde. Die jetzige Reichsregierung müsse mit aller Macht von Bayern gestützt werden. Wenn im Norden Deutschlands sich die Dinge so entwickeln sollten, daß der bürgerlichen Regierung Cunos das Verbleiben unmöglich gemacht würde, wenn an die Stelle des jetzigen Kabinetts ein Kabinett nach den Wünschen der Herren Breitscheid und Hilferding (Soz.) treten sollte, dann käme ein entscheidender Augenblick für die bayerische Politik. Bayern könne mit einer Linksregierung im Sinn der sozialistischen Kreise keine gemeinsame Politik machen. Das müsse einmal offen ausgesprochen werden. Damit sei nicht gesagt, um Mißdeutungen vorzubeugen, daß dies das Ende des Reichs und der deutschen Einheit bedeuten müsse. Süddeutschland müsse im Gegenteil dann die Grundlage für ein neues

Deutschland bilden. Eine Regierung mit Hilferding und Breitscheid würde sehr bald Bankrott machen. Bevor eine solche Lage eintreten könnte, müsse sich die Reichsregierung wohl zunächst einmal die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit sei, einen neuen Reichstag wählen zu lassen. — Ministerpräsident Dr. von Kautzling wies auf die Notwendigkeit, die Abwehrfront aufrecht zu erhalten, hin und verurteilte jede Flaumacherei.

#### Ausfahrten in München

München, 28. Febr. Am Sonntag nachmittag überfiel ein 500 Mann starker Sturmtrupp der sozialdemokratischen Partei mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Sturmabzeichen auf der Unterchwinge eine Gruppe Rationalsozialisten. Es kam zu einem Handgemenge.

In der Nacht, auf Montag wurde gegen das Verlagsgebäude der „Münchner Post“ eine Handfeuergranate geworfen, die mehrere Fenster zertrümmerte.

#### Eine Pilgerfahrt des Papstes nach Lourdes?

Paris, 28. Febr. Nach einer Agenturmeldung aus Rom hat Papst Pius XI. kürzlich den französischen Bischöfen mündlich gesagt, er wolle durchaus nicht daran, noch vor seinem Tod eine Pilgerfahrt nach Lourdes zu machen. — Diesen Worten wird eine große Bedeutung beigemessen. Man legt sie dahin aus, daß die Beziehung zwischen dem italienischen Staat und dem Vatikan in kurzer Zeit vollzogen werden soll.

#### Neuer Völkerbund?

Washington, 27. Febr. Die „United Press“ will erfahren haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, sich an der Gründung eines neuen Völkerbunds zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu beteiligen.

## Württemberg

Stuttgart, 28. Febr. Obstbau und Obsternte in Württemberg im Jahr 1922. Die Bestandsaufnahme an ertragsfähigen Bäumen ergab für das Jahr 1922 5 465 686 (im Jahr 1921: 5 433 459) Äpfel, 2 176 565 (2 158 536) Birn, 1 621 799 (1 632 815) Pflaumen- und Zwetschgen-, 326 868 (336 410) Kirschbäume, insgesamt 9 590 918 Obstbäume (29 698 mehr gegen 1921). Davon entfallen auf den Neckarreis 3 040 658 gleich 31,7 Prozent, Schwarzwaldkreis 2 182 935 gleich 22,8 Prozent, Jagstkreis 2 139 900 gleich 22,3 Prozent, Donaukreis 2 227 425 gleich 23,2 Prozent. Die schon seit längerer Zeit wahrnehmbare Bewegung, Zunahme der Äpfel- und Birn-, Abnahme der Pflaumen- und Zwetschgen- sowie Kirschbäume, ist auch diesmal wieder zu beobachten. In sämtlichen vier Obstkulturregionen wurden Erträge gemessen, die das 10jährige Mittel überschreiten. Ueberaus reich ist der Ertrag des Jahres 1922 namentlich in Pflaumen und Zwetschgen ausgefallen (von einem Baum 20 Pfund gegen 5 Pfund im Mittel). Aber auch der Ertrag in Äpfeln (vom Baum 64,8 Pfd. gegen 39,5 Pfd. im Mittel) und Birnen (67,1 gegen 36,1 Pfd. im Mittel) darf ein recht guter genannt werden. Der Kernobstertrag im ganzen (Äpfel und Birnen zusammen) mit 65,5 Pfund vom Baum gegen 39 Pfund, im Durchschnitt war nur in wenigen Jahren noch besser. Das Jahr 1922 ist nunmehr schon das neunste in der Reihe guter oder doch befriedigender Kernobsterträge, die seit dem Jahr 1914 ununterbrochen zu verzeichnen ist, und unter diesen 9 Jahren sogar das beste. In Kirschbäumen übersteigt der Ertrag des Jahres 1922 (vom Baum 17,5 Pfd.) um ein Sechstel das Mittel (15 Pfd.). Der obstreichere Bezirk Leininger steht wiederum an erster Stelle. Der Gesamtertrag der Obsternte des Jahres 1922 betrug sich zu 1 108 203 194 Mark gegen 187,3 Millionen Mark im Jahr 1921 und rund 8 Millionen Mark im Durchschnitt der zehn letzten Vorkriegsjahre. Nimmt man dazu die Weizenerte mit 2 116 877 012 Mark, so erhält man als Gesamtertrag der württembergischen Obst- und Weizenerte des Jahres 1922 den Betrag von 3 225 082 206 Mark gegen 406 Mill. Mark im Jahr 1921 und 17 Mill. Mark im Durchschnitt der letzten 10 Vorkriegsjahre 1904/13.

Stuttgart, 27. Febr. Erhöhung der Waldarbeiterlöhne. Die württ. Staatsforstverwaltung hat mit Wirkung vom 19. Februar 1923 ab die Tariflöhne für drei Waldarbeiter folgendermaßen erhöht: Für Arbeiter über 20 Jahre in Tarifklasse 1: 900, Kl. 2: 800, Kl. 3: 820 Mark; für Arbeiter von 12—20 Jahren in Kl. 1: 700, Kl. 2: 660, Kl. 3: 620 Mark; für Arbeiter unter 18 Jahren in Kl. 1: 500, Kl. 2: 470, Kl. 3: 440 Mark; für Arbeiterinnen über 18 Jahre in Kl. 1: 470, Kl. 2: 440, Kl. 3: 410 Mark; für Arbeiterinnen von 16—18 Jahren in Kl. 1: 380, Kl. 2: 360, Kl. 3: 340 Mark.

Kaufmann, 28. Febr. Vom Seminar. Auf Grund der am 19. Februar und an den folgenden Tagen abgehaltenen Prüfung sind 36 Förlinge in das evangelisch-theologische Seminar aufgenommen worden.

Heilbronn, 28. Febr. Die Dampfstraßenbahn. Nach einer Ankündigung des Stadtschultheißenamts sollte der Betrieb der Dampfstraßenbahn Heilbronn—Redorgartach am 1. März aufhören. Das Salzwerk hat sich nun aber bereit erklärt, die Bahn zwei Monate lang weiterzuführen. Personen- und Rangierverkehr bleiben deshalb aufrechterhalten.

Die bekannte Schöpfelensche Papierfabrik kann am 1. März ihr 100jähriges Bestehen feiern.

Hilferding, 28. Febr. Zeichen der Zeit. Die Postboten von Grafsmoos, von Stafflangen und von Alben werden wegen der fortwährenden Steigerung der Kosten für Unterhaltung von Pferd und Wagen künftig ihren Landpostbotendienst zu Fuß ausführen.

Wolffegg, 28. Febr. Verlobung. Gräfin Anna von Waldburg-Wolffegg-Waldsee, älteste Tochter des Fürsten Maximilian, hat sich mit Graf Albrecht von Spreit in Vög (Oberbayern) verlobt. Der Bräutigam war Reg. bay. Oberleutnant im 1. schweren Reiterregiment.

Stuttgart, 28. Febr. Am Samstagabend fand in Hüllheim eine Versammlung der Rationalsozialisten statt. Auf dem Heimweg nach Steinen wurden einige Rationalsozialisten von Kommunisten angegriffen, wobei der Kommunist Rudiger der Volkswirtschaftler Dr. Winter mit einem Dolch zwei tiefe Wundstiche verleihte. Dr. Winter starb am Sonntag, weiter wurde ein Mann namens Zimmermann verletzt. Da die Staatsanwaltschaft keine Anklagen traf, den Mörder



mit Hilferding und  
den. Bevor eine  
die Reichsregierung  
ob es nicht an der  
zu lassen. — Mini-  
auf die Notwendig-  
n, hin und verur-

amittag überließ ein  
emokratischen Par-  
Sturmabzeichen  
nalssozialisten. Es

egen das Verlags-  
iergranate gewor-

Courdes?

inmelbung aus Rom  
en Bischöfen wäch-  
n, noch vor seinem  
ehen. — Diejen  
emessen. Man legt  
ischen dem italieni-  
Zeit vollzogen wer-

ersch" will erfahren  
en Staaten, sich an  
zur Aufrechterhal-

erg

Obsternte in  
Die Bestandsauf-  
für das Jahr 1922  
Ueppel, 2 176 965  
Pflaumen- und  
äbume, insgesamt  
en 1921). Davon  
leich 31,7 Prozent  
Prozent, Jagstkreis  
bis 2 227 425 gleich-  
zeit wahrnehmbare  
en, Abnahme der  
äume, ist auch dies-  
n vier Obligations-  
10jährigen Mittel-  
g des Jahres 1922  
ausgewiesen (von  
im Mittel). Aber  
n 64,8 Pfd. gegen  
egen 36,1 Pfd. im  
nen. Der Rohabst-  
summen) mit 65,5  
schnitt war nur in  
1922 ist nunmehr  
och befriedigender  
umunterschieden zu  
en sogar das beste  
Jahrs 1922 (vom  
ittel 15 Pfd.). Der  
n an erster Stelle,  
ehrs 1922 berechnet  
Millionen Mark im  
et im Durchschnitt  
et man dazu die  
man als Gesamt-  
einernte des Jahres  
gegen 406 Mill.  
im Durchschnitt der

er Waldarbeit-  
haltung hat mit Wir-  
stundenslöhne ihrer  
r Arbeiter über 20  
L. 3: 820 M.; für  
L. 2: 660, L. 3:  
L. 1: 500, L. 2:  
über 18 Jahre in  
r Arbeiterinnen von  
L. 3: 340 M.  
in ar. Auf Grund  
n Tagen abgehalte-  
ngelisch-theologische

straßenbahn-  
eisenbahn sollte der  
-Rekordgutach am  
nun aber bereit er-  
zuführen. Personen-  
rechterhalten.  
fabrik kann am 1.

Zeit. Die Post-  
und von Abten wer-  
ng der Kosten für  
ünftig ihren Land-  
Gräfin Anna von  
cher des Fürsten  
von Sprei in Pöß  
ar Kgl. bayr. Ober-

zu verhalten, drohte die Bevölkerung den Kubiger zu lächeln. Dieser wurde am Sonntagabend in Schoofheim in Sachsa holt genannt. Kubiger ist ein vorbelasteter, gewalttätiger Mensch. Am Montagabend zogen die Nationalsozialisten denen sich zahlreiche Einwohner aus Steinbrunn angeschlossen hatten, vor das Rathaus und zwangen den Bürgermeister, sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen, dem die Forderung unterbreitet wurde, den Kubiger als Gemeinderat abzuwählen. Dies wurde angelehnt, ebenso die Festnahme eines weiteren beim Rord beteiligten Einwohners.

Konstanz, 28. Febr. Das Gasthaus „Zum Unterhaus“ in Mensbach ging in familiären Liegenhaft an den früheren Minister des Auswärtigen Dietrich über. Der Kaufpreis beträgt 40 Millionen Mark.

## Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 1. März 1923.

Staatslotterie. Die 3. Klasse 21. Lotterie mit 20 000 Gewinnen in deren 304 000 000 M., darunter 2 Gewinne mit je 1 Million M. wird am 15. und 16. März d. J. in Berlin gezogen. Erneuerungsschluss: 8. März d. J.

Erhöhte Verbrauchsunterpreise. Die am 16. ds. veröffentlichten Höchstpreise werden mit Rücksicht auf die am 23. ds. Mts. in Kraft getretene Erhöhung der Frucht- und Saatgutpreise für je 1 Pfund Aristholzküder von 670 M. auf 700 M., Sandgüder von 690 auf 730 M., Würfelzucker von 710 auf 760 M., Brotzucker (Zuckerbäse) ohne Verpaktung, gewogen, von 695 auf 730 M. Für diejenigen Mengen, die den Händlern vor dem 23. ds. Mts. geliefert wurden, kommt eine Erhöhung der Zuschläge nicht in Frage; für die dazwischen dazwischen die erhöhten Preise nicht berechnet werden.

Endlich Abbau der Eisenbahngelöhner! In einer Sitzung des Reichstages wurde beschlossen, die Eisenbahngelöhner am 1. März nicht zu erhöhen, dagegen bleibt es bei der Verdoppelung der Personalfahrtpreise. Es soll indessen erwogen werden, inwieweit ein allgemeiner Abbau der Eisenbahngelöhner in Frage kommen könne, ohne die Betriebssicherheit zu vermindern. Auch über die Möglichkeit der Verminderung der Kohlenpreise wurde Beratung gepflogen, ein Beschluss kam aber noch nicht zustande.

Im Postbesprechungsverein mit Wirkung vom 1. März folgende Veränderungen ein: Der Betrag der Stammeinlage wird auf 1000 M. erhöht. — Die Einzahlungen mit Zehlfarte, die Heberweisungen und die Auszahlungen durch Postchecks müssen auf volle Mark lauten. Im März werden noch Pfennigbeträge zugelassen, wenn sie zur Abrechnung des Postcheckguthabens auf volle Mark dienen. — Der Einkäufer hat die Zahlenartikelngebühr bar zu entrichten. — Sammelanträge werden nur noch zugelassen, wenn die Zahl der Empfänger mindestens zehn beträgt. — Die Reichsbeträge werden für einen Postcheck auf 1000 000 Mark, für telegraphische Zahlarten, Heberweisungen und Zahlungsanweisungen auf 200 000 M. erhöht.

Die Lebensmittelzufuhr ins Ruhrgebiet offen. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die Zufuhr von Lebensmitteln ins Ruhrgebiet nach wie vor offen und die Eisenbahn nimmt nach allen Stationen des Einbruchgebietes Lebensmittel an, gleichviel ob die Stationen noch im Betrieb der Reichsbahn stehen oder nicht. Sie sorgt dafür, dass, wenn eine Ladung nach einem Ort bestimmt ist, den sie mit ihren eigenen Betriebsmitteln nicht mehr erreichen kann, die Ladung dann an eine andere möglichst nahe gelegene Station ihrer Verwaltung geleitet oder von ihm abgeholt wird. Es braucht sich daher niemand abhalten zu lassen, Lebensmittel ins Ruhrgebiet zu senden, nur bei leicht verderblichen Waren ist eine gewisse Vorsicht geboten.

Deutsche Arzneilage 1923. Die dritte abgeänderte Ausgabe der Deutschen Arzneilage 1923 wird mit Wirkung vom 1. März 1923 in Kraft gesetzt. Bei Umrechnung der Preise der Arzneimittel ist auch die durch das Reichsmonopolamt für Braumwein vorgenommene Erhöhung des Spirituspreises von 4500 auf 12 000 M. für 1 Liter mitberücksichtigt.

Kann wohl der Mensch dazu bestimmt sein, aber legend einem Zweck sich selbst zu verkaufen? Schiller.

## Der Bravo.

81] Eine penitentielle Begebenheit von Fenimore Cooper. (Fortsetzung.)

„Er wird dazu allen seinen Einfluss nötig haben — doch warum kommst du zu dieser ungeliebten Stunde? Deine Besuche sind mir nie sehr angenehm, Gino, und wenn ich andere Geschäfte habe, sind sie mir zur Last.“

Wäre die Leidenschaft des Gondoliers sehr tief oder sehr empfindlich gewesen, so hätte diese Offenheit ihn schwer verletzen müssen, doch Gino schien die Grobheit eben so kalt zurückzugeben.

„Ich bin deinem Eigensinn schon gewohnt, Annina,“ sagte er, indem er sich auf eine Bank warf, als wolle er ruhig bleiben, wo er lag. „Ein junger Patrikier hat dir wohl einen Handluch zugeworfen, als du über den San Marco gingst, oder dein Vater hat einen besseren Tag gemocht — dein Stolz wächst immer mit deines Vaters Geldbeutel.“

„Diamant! Da habe mir ein den Keel, man sollte denken, er hätte schon mein Wort und warie nur darauf, daß in der Sokristel die Kerzen angezündet würden, um meinen Schwur zu hören!“

„Fort da, unerschämter Keel! Ich habe keine Zeit, mit dir herumzuweilen zu treiben!“

„Du hast diesen Abend große Eile, Annina!“

„Dich los zu werden, ja. Höre jetzt, was ich dir sage, Gino, denn es ist das letzte, was du von mir in deinem Leben zu hören bekommst. Du denkst einem verfallenen Herrn, einem der nächsten mit Lagnade aus der Stadt gejagt wird und mit ihm reisen dann alle die Mühsiggänger die in seinen Diensten stehen. Ich ziehe es vor, in meiner Geburtsstadt zu bleiben.“

Der Gondolier lachte mit herzlicher Gleichgültigkeit über

Die Sommerzeit. Auf Anregung des Reichsverbands der deutschen Industrie werden gegenwärtig von der Reichsregierung Beratungen über die etwaige Wiedereinführung der Sommerzeit in diesem Jahr geführt.

Monatsferien. Am 3. März findet die einzige Monatsferienfrist statt, die in diesem Jahre in Mitteleuropa sichtbar sein wird, und zwar eine partielle Monatsferienfrist. Sie beginnt etwa 1/4 Uhr früh und ist bereits nach 1/2 Uhr beendet. Studentenhilfe. Ein von der Gemahlin des Universitätskanglers Swarc in Stockholm zugunsten nachziehender deutscher Studenten veranstaltetes Konzert ergab 6000 Kronen (fast 40 Millionen Mark).

## Zusammenschluß der Kleinwaldbesitzer.

Die Forstgesetzgebung werden bald wieder die Parlamente beschäftigen und es erscheint sehr zweifelhaft, ob wir unsere Freiheit werden wahren können, wenn wir bis dahin nicht den Beweis erbracht haben, daß wir imstande sind, freiwillig und aus eigener Kraft die nötigen Reformen in die Wege zu leiten. Darum muß in den nächsten Wochen überall der Zusammenschluß der Kleinwaldbesitzer zu Waldbauvereinen bewirkt werden, nicht nur zum politischen Freiheitskampf, sondern auch zur Förderung der Waldwirtschaft und zu gemeinsamer nützlichender Verwertung der Waldprodukte. Jeder Waldbesitzer muß einem Waldbauverein angeschlossen werden. Von allen meinen Berufsgenossen muß ich aber verlangen, daß sie mein Verlangen an die Regierung einbringen und sich eifrig in den Waldbauvereinen betätigen. Lassen sie mich hierbei im Stich, dann bin ich nicht mehr in der Lage, für die Freiheit des Privatwaldes zu kämpfen! . . . Was dieser Kurier des Führers der Märkischen Kleinwaldbesitzer für nordische Länder besagt, könnte ohne weiteres auf die deutsche Verhältnisse zutreffen. Wohl haben sich auch hier ähnliche Gemeinden und Vereine mit größerem Waldbesitz und viele kleinere Waldbesitzer in Landesverbänden zusammengeschlossen, aber noch mangelt es an einem umfassenden Zusammenschluß der zehntausende kleiner und kleiner Waldbesitzer. Es ist höchste Zeit, daß auch diese ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, um die immer weiter um sich greifenden Sonderbelastungen und drohende Verarmung des privaten Waldes zu hemmen. Die Not der Zeit verlangt auch vom kleinen Wald eine Steigerung des Ertrags. Wollen die Eigentümer die Hände in den Schoß legen bis Gesetzgebung des Erntes der Lage befehle? Noch nie hat die saure Hand des Gesetzes die Produktion zu heben vermocht. Darum muß zur freiwilligen Produktionssteigerung! — auf zur Bildung von Waldbauvereinen! — Anträge sind bereits gemacht. In allen Bezirken müssen solche Vereinigungen entstehen mit dem Ziel der Aufklärung über Fragen wirtschaftspolitischer Art, der sachverständigen Beratung über Bewertung der Waldverhältnisse, Sortimentsbildung, Holzpreise und Holzverkauf, über Steigerung des Ertrags durch Bodenspflege, Durchforstungsmasse, künstliche Wahl der Holzarten usw. Alle, die den hohen Wert ihres Gutes erkannt haben und sich der Verarmung dessen bemußt sind, sollen sich zusammenschließen zu gemeinsamer Sorge und Pflege des Waldes. Führer und Berater werden sich finden; die bestehenden Waldbesitzerverbände bieten dazu die Hand.

## Familiennachrichten.

Westorfen: Maria Dorch geb. Dachtler, Colm. Frau E. Aber, geb. Haub, 71 J., Georg Fied, Buchbinder, 30 J., Wilh. Bauer, Vol.-Führer, 31 J., Emil Freudenstadt, Frau R. Dittung geb. Fied, 39 J., Hallwangen. Fr. Waser, Schneidermstr., Josef Hen, Carl Fr. Vohmiller, Messerschmied, 62 J., Emil von Rotenburg. Frau M. Sailer geb. Behre, 44 J., Frau K. Postmayer geb. Anauß, 64 J., beide von Reunbürg. Bierliebhaber Kaj. 72 J., Gombdorf.

## Gedenke des kämpfenden Ruhrgebiets. Zeichne zum deutschen Volksoffer!

Ihre eifrigste Berachtung. Doch, auf seinen Antrag sich bestimmend, nahm er schnell eine erstere Miene an. „St. Markus beschütze mich, Annina,“ sagte er. „Wenn wir nicht zusammen vor dem guten Prior stehen sollen, so ist es darum noch kein Grund, daß wir nicht in Weinen mit einander handeln. Hier halte ich in dem dunkeln Kanal auf Steinmursweite von deiner Tür mit einer Gondel voll gutgetrocknetem Saccharin Christi, wie ihn dein Vater noch selten bekommen hat und du behandelst mich wie einen Hund, den man aus der Kirche jagt!“

„Ich habe heute Abend wenig Zeit für dich und deine Weine, Gino. Hastest du mich nicht aufgehoben, so wäre ich jetzt schon draußen und seelendergelüht.“

Schließ deine Tür, Mädchen und mache keine Umstände mit einem alten Freund,“ sagte der Gondolier, indem er ihr dienstfertig seine Hilfe beim Verschließen der Wohnung anbot. Annina nahm ihn beim Wort und da beide mit gutem Willen sich zu eilen schienen, so war bald alles zu und die eigenständige Dirne und ihr Vlebbhaber hurtig auf der Straße. Ihr Weg ging über die bereits begehrenste Brücke. Gino deutete auf die Gondel und sagte — „du läßt dich also nicht in Versuchung fähren, Annina?“

„Deine Unbesonnenheit, die Schmutzger vor meines Vaters Tür zu führen, wird auch noch einmal garstige Geschichten machen, du Irdischer Keel!“

„Stroh weis es so fest ist, bleibt der Verdacht fern.“

„Von welchem Winger ist das Gemäch?“

„Es kommt vom Fraße des Besus und ist von der Hitze des Vulkans gezeitigt.“

Annina, die gern überall ihren Vorteil wahrnahm, warf einen verlangenden Blick nach dem Boote.

„Des ist aber die letzte deiner Frachten, vor unserer Tür, Gino!“

„Wie dir's gefällig ist. — Geh nur und koste —“

Annina zögerte, und wie es beim Weibe sein soll, wenn sie zögert, sie willigte ein. Sie erreichten das Boot mit schnellen Schritten und ohne auf zwei Männer zu achten, die noch immer auf den Bänken ruhten, schlüpfte Annina sogleich unter das Dach. Ein kühner Gondolier lag der Länge nach auf den Rissen; denn ungleich einem Schmutzgerboot, hatte der Verschluß die gewöhnliche Einrichtung einer Barke der Kanäle.

## Handelsnachrichten.

Deutscher Markt am 28. Februar 22.750,70.  
Von Reichsfinanzquellen. Nach dem amtlichen Jahresbericht des Reichsausschusses im zweiten Drittel des Monats Februar namenhaftlich infolge der erhöhten Gehälter und Löhne wieder stark geliegen nach der französisch-belgische Einbruch ins Ruhrgebiet veranschlagt große außerordentliche Kosten. Zur Erstattung des Budgets von Versailles sind in den 10 Tagen 57 Milliarden Papiermark ausgegeben. Demgegenüber haben die Einnahmen aus der allgemeinen Finanzvermehrung (Steuern, Zölle usw.) abgenommen; sie betragen rund 93 Milliarden (gegen 150 im ersten Monatsdrittel). Die schwebende Schuld ist um einen alle bisherigen Zuschüsse weit übersteigenden Betrag von über 314 Milliarden auf insgesamt rund 2350 Milliarden Mark angewachsen. Im Januar für die schwebende Schuld mußten 21 395 Millionen, für die laufende Schuld 88 Millionen, zusammen 21 483 Millionen Mark ausbezahlt werden. In die Reichsbank wurde ein Vorschuß von 225/2 Milliarden gegeben. Aus der Zwangsanleihe gingen 27 1/2 Millionen M. ein. Eine weitere Weizenanleihe. Zur Erhaltung der Betriebsmittel und zur Deckung der Kosten der Errichtung eines Lagerhauses in Weizenzahl besteht die Hauptversammlung der Rationierungs- und Abfahrtskommission einmütig, die Aufnahme einer Anleihe bis zu 3000 Doppelzentner Weizenwert. Die Anleihe wird ausbezahlt in auf den Namen laufende Schuldverschreibungen über 50 und 100 kg. Weizenwert, verzinslich zu 5 und 10 kg. Weizenwert (10) und rückzahlbar in 15 Jahresraten. Der Wert des Weizenwertes im Weizenwert wird entsprechend dem Durchschnittspreis der Stuttgarter Landesproduktenbörse berechnet. Der Preis für Weizenpapier wurde für März auf 1550 M. bei 100 kg Weizen (96 1918 20 J.), die Rückzahlung auf 100 kg Weizen und Weizenmehl mit 170 M. für das Mio angenommen werden.

Der deutsche Weizen an ausländischen Wertpapieren betrug nach den Schätzungen der Reichsbank vor dem Krieg 13 Milliarden Reichsmark. Auf Grund des Friedensvertrags mußten 792 Millionen Reichsmark ausgeliefert werden. Weiterhin hat sich der Weizen vermindert, daß jetzt noch ein Rest von 2137 Millionen Reichsmark dieser Rest umfaßt in der Hauptsache russische Werte, österreichisch-ungarische Staatsanleihen, Dividendenpapiere und Gesellschaftsschuldverschreibungen, ferner türkische, rumänische und ähnliche nachgelassene Staatspapiere, von denen ein Teil die Zinszahlung an deutsche Besitzer ganz eingestellt hat.

Weizenmehlbrot der Stadt. Mühleneinrichtung am 28. Febr.: 185 000 (165 000) Mark für 100 Mio.

Stuttgarter Börse, 28. Febr. Die Börse beschloß das Monatsende in ruhiger Haltung. Das Geschäft beschränkte sich auf ein Mindestmaß; es war wieder die gleiche Zurückhaltung zu beobachten, welche schon seit einigen Tagen vorherrschend ist. Die Kurse blieben gut behauptet, die Stimmung im allgemeinen ist als etwas freundlicher zu bezeichnen. Der Markt der Festverzinslichen verkehrte ebenfalls ruhig. — Bankaktien: Vereinsbank 7200, Rabenbank 20 000, Hypothekbank 3000, Frauerealsbank: Schöninger 8000, Hohenjoller 19 000, Wulle 9000, Neustadt 3500 (4800), Heckenmeyer 18 000 (19 000), Metzger 10 000, Feinmechanik 100 000 (120 000), Sobner 55 000, Jungmann 19 000, Metallwaren 30 000, Maschinenwerk: Dalmier 11 000, Raubheimer 35 000 (60 000), Köhler 18 500, Heller 18 000 (19 000), Reichsfabrik 19 500, Spinnereibank: Erlangen 25 000 (20 000), Unterbauern 40 000 (50 000), Weiskopf 60 000 (46 000), Roth-Schäfer 21 000, Anden 25 000 (27 000), Fik 32 000 (31 000), Kollan 84 000, Völkner 47 000. — Sonstige Werte: Anilin 34 000, Heilbringer Zementwaren 18 000 (17 000), Kohn-Rottm. 29 500 (28 000), Kramm 9100, Salzberg 75 000 (63 000), Stuttgarter Zucker 14 000 (16 000), Mannheimer Del 25 000, Jägerwerke 31 000 (30 000).

Württembergische Vereinsbank.

## Märkte.

Schmelzpreise. In Kalen wurden für Milchschweine pro Paar 140—200 000 M. bezahlt, in Tuttlingen für ein Milchschwein 80—140 000 M.

Leutkirch, 28. Febr. Schranne. Jagelbrot wurden bei Schranne: 400 Mio Korn, 50 Mio Weizen, 1678 Mio Gerste, 1277 Mio Haber. Verkauf wurde alles. Preis für Korn 140 000 M. Weizen 100 000 M. Gerste 74—120 000 M. Haber 60—110 000 M. je pro Doppelzentner.

## Wetterbericht.

Die Stimmung über England droht langsam vor. In Süddeutschland ist am Freitag und Samstag vielfach beobachtet, möglich teilweise regnerisches Wetter zu erwarten.

„Ich sehe nichts, was mich aufmerksam machen könnte!“ rief die gekaufte Dirne. „Was willst du mit mir, Signore?“

„Du bist willkommener.“ Wie werden uns nicht so schnell trennen, wie früher.“

Der Fremde war während dem Reden aufgestanden und als er hinweg legte er die Hand auf die Schulter des Mädchens, das sich jetzt mit Don Camillo Monforte unter einem Dach sah.

Annina war zu sehr in Klänken geliebt, um sich irgend einem Ausbruch weiblicher Raschheit, wilder oder angennommener, hinzugeben. Ihre Miene verstellend, sprach sie, so sehr auch ihre Glieder zitterten, mit angennommener Aufmerksamkeit —

„Der Schleichhandel kommt durch den edeln Herzog von St. Agata zu Ehren!“

„Ich bin hier nicht, um zu speisen, Dirne. Du hast die Wahl vor dir: — entweder freies Bekenntnis, oder meinen gerechten Lohn.“

Don Camillo sprach ruhig, doch auf eine Art, daß Annina sah, sie habe es mit einem entschlossenen Mann zu tun.

„Welches Bekenntnis verlangen Sie, Ezzenza von der Tochter eines armen Weinhändlers?“ fragte sie, und ihre Stimme zitterte ihrer Miene zum Trotz.

„Die Wahrheit — und denke dabei, daß wir diesmal nicht von einander scheiden, bis ich zufrieden gestellt bin.“

„Signor Duca, das ist ein kühner Schritt im Innern der Kanäle.“

„Ich nehme die Verantwortung auf mich. Dein Vorteil ist, zu bekennen.“

„Wenn es euch gefällt, das Wenige zu erfahren, was ich euch sagen kann, so schätze ich mich glücklich, es erzählen zu dürfen.“

„So sprich, denn die Zeit drängt.“

„Signore, ich will nicht in Übere sein, daß man euch übel behandelt hat. Ein edler Kavaller, der einen gerechten Anspruch auf die Ehren des Senats hat, so behandelt zu werden — das ist eine Schmach für die Republik! Mich wundert nicht, daß Sie, Ezzenza, ärgerlich über den Senat ist.“

„Still damit, Dirne, und zu dem Vorgange.“

(Fortf. folgt).



